

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

250 (25.10.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abbestell in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postamt monatlich 1.20 M., 1/2jährlich 3.60 M., Zugew. durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.90 M.; durch die Post 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.35 M. bezw. 4.00 M., vorantzahlbar.

Anzeige: Werstag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 u. 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleise od. deren Raum 20 A. Maßangeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme 1/29 vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Wilson verhandlungsbereit.

Washington, 23. Okt. Der Staatssekretär gibt folgenden bekannt: An den Staatssekretär ist vom Geschäftsträger der Schweiz, der zeitweilig mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt ist, nachfolgende Mitteilung gerichtet worden:

Staatsdepartement, den 23. Okt. 1918.

Ich habe die Ehre, den Empfang ihrer Note vom 23. ds. Mts. zu bestätigen, mit der Sie eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. ds. Mts. übermitteln. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen, die er in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat und die Grundlagen der Friedensordnung in seinen späteren Ansprüchen, insbesondere der vom 27. September, rückhaltlos annimmt, und daß sie in Erörterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht. Ferner daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgeht, die bisher die deutsche Politik diktiert und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland geführt haben, sondern von Ministern, die für die Reichstagsmehrheit und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sprechen, und nachdem er ebenfalls das ausdrückliche Versprechen der gegenwärtigen deutschen Land- und Seestreitkräfte die Gesetze der Menschlichkeit und einer zivilisierten Kriegsführung beobachten werden, glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten, es nicht ablehnen zu können, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verbündet ist, die Frage eines Waffenstillstandes anzunehmen.

Er hält es aber für seine Pflicht, zu wiederholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich berechtigt sehen würde der Erwägung zu unterbreiten, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbündeten Mächte in der Lage beließe, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten beiderseits unmöglich zu machen.

Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit der gegenwärtigen deutschen Regierung und mit den gegenwärtigen leitenden deutschen Stellen den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegsführende Macht verbunden ist, übermittelt mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundätzen herbeizuführen, ihre militärischen Angelegenheiten und die Vereinigten Staaten zu erforschen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, vorausgesetzt, daß wir einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten. Sollen solche Waffenstillstandsverhandlungen vorgeschlagen werden, so wird ihre Annahme durch Deutschland den besten und baldigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundätze der ganzen Friedensaktion unabweisbar annimmt.

Der Präsident würde der Aufrichtigkeit nicht zu genügen glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grundsatze hier angebe, daß außerordentliche Sicherheit verlangt werden müsse. So bedeutungslos und wichtig auch die Beschäftigungen sind, die in dem von den deutschen Regierungen als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundsatze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist oder daß irgend welche Voraussetzungen dafür vorhanden sind oder erwogen werden, daß diese teilweise vereinbarte grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein würde.

Auch hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeiten erreicht ist. Künftige Kriege sind jetzt vielleicht der Entscheidung des deutschen Volkes unterworfen, nicht aber der gegenwärtigen, und mit dem gegenwärtigen haben wir gerade zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbefehle des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen, daß der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist, daß die entscheidende Initiative immer noch bei denen liegt, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind.

In der Überzeugung, daß der ganze Weltfrieden jetzt von offener Aussprache und geradem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Verhüte, das, was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und legen könnten, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind und zu wiederholen, daß beim Friedensschluß und bei Unternehmungen, die Ungerechtigkeiten dieses Krieges wieder aufzumachen, die Vereinigten Staaten

mit den echten Vertretern des deutschen Volkes verhandeln können, die als wirkliche Beherrscher Deutschlands eine wahre verfassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, was wahrscheinlich ist und daß sie später mit ihnen über völkerrechtliche Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge ungesprochen bleiben.

Empfangen Sie mein Herr die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

gez. Robert Lansing.

Schneller als erwartet, ist die Antwort aus Washington eingetroffen. Sie zerfällt in zwei Teile, einen militärischen und einen politischen Teil. Wilson kann keinen Waffenstillstand vorschlagen, der nicht eine Wiederannahme der Feindseligkeiten unmöglich mache. Ob eine Einigung auf Grund dieser Formel möglich sein wird? Gewiß, wenn auf der Gegenseite das Gleiche garantiert wird. Ja! Denn der Zweck der Verhandlungen ist ja Waffenstillstand mit nachfolgendem Frieden und zwar nicht nur Frieden für jetzt, sondern für immer. Wenn man sich aber die Sache etwa so vorstellt, daß man mit einem an den Raumtamm gesessenen Manne verhandeln will, das wird nicht zu machen geben. Wir wollen als ehrliche Kontrahenten einander gegenüberstehen und wenn auf der Gegenseite die gleiche ehrliche Friedensbereitschaft vorhanden ist, wie bei uns, dann kommt die Verständigung sehr schnell. Nun, Wilson hat den Notenwechsel den verbundenen Regierungen mitgeteilt und ihnen vorgelesen, falls sie einen Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundätzen herbeiführen wollten, die notwendigen Bedingungen eines derartigen Waffenstillstandes festzulegen. Wir werden ja sehen!

Wichtiger, wir möchten sagen von katastrophaler Bedeutung erscheint, uns der zweite Teil der Note, der politische, zu sein. Er legt dar, aus welchen Gründen diese außerordentliche Sicherheit verlangt werden müsse. Das deutsche Volk besitzt keine Mittel, die deutschen Militärbefehle seinem Willen zu unterwerfen. Die Macht des Königs von Preußen sei noch unerschütterter und der entschiedene Militarismus liege noch immer in den Händen der bisherigen Herren Deutschlands. Zu diesen könnten die Völker der Welt aber kein Vertrauen haben. Die Regierung der Vereinigten Staaten könne nur mit solchen Vertretern des deutschen Volkes verhandeln, die als wirkliche Beherrscher Deutschlands Sicherheit für eine verfassungsmäßige Haltung bieten. Wenn mit den militärischen Beherrschern oder mit der monarchischen Autorität verhandelt werden müßte, jetzt oder später, so dürfte Deutschland keinen Frieden fordern, sondern müßte sich ergeben.

Das will sehr, sehr viel besagen. Wir haben schon kürzlich in einem Leitartikel die Vermutung ausgesprochen, daß unter Umständen dem Frieden die förmliche Abhandlung der letzten Mächte Deutschlands vorausgehen wird. Wenn es uns auch widerstrebt, jetzt in den allgemeinen Chorus „Kreuziget ihn!“ mitinzustimmen, d. h. von der bedingungslosen Abhandlung der Hohenzollern, die nimmermehr in der Billfomote offen ausgesprochen bzw. verlangt wird, so müssen wir doch sagen, wir als Sozialisten haben den betreffenden Passus wohl mit einem ungleich gelasseneren Gleichmut gelesen, wie vielleicht die diversen allerhöchsten, höchsten und durchlauchtigsten Herrschaften samt ihrem Anhang. Ja, ja! Dieser Krieg wurde nicht umsonst in Szene gesetzt. Dieser Krieg ist Guer Unternehmungen, nicht unsere. Das deutsche Volk ist am 1. August 1914 morgens aufgewacht und hat mit Stämmen vernommen, daß Kriegszustand ist. Es konnte weiter nichts tun, als sich bergeweiht, war um und mußte seither vier Jahre lang die ungeheuren Opfer tragen, die der Krieg ihm aufbürdete.

Wir Sozialisten haben ein ganzes Menschenalter hindurch nichts veräußert, um die Welt eines besseren zu beschreiben, haben die Völker beschworen, von ihrem Rüstungswahn abzulassen, haben selbst keinen Mann und keinen Groschen bewilligt. Wenn man uns nicht hat hören wollen, so ist das nicht unsere Schuld.

Gewiß, wir sind in der Gesinnung Republikaner. Wir haben aber nie Anstoß daran genommen, stappweise mit der Entwicklung zu gehen. Den modus vivendi mit der Monarchie zu finden, war uns wichtiger, wie ein gewalttätiger Umsturz. Das ungeheure Erlebnis des Krieges mit seinen aufwühlenden Folgen kann vielleicht bewirken, daß diese Entwicklung etwas rascher geht, als unter normalen Verhältnissen. Wir können uns von unserem Standpunkt aus damit abfinden. Wir sind für Ruhe, Ordnung und Recht und für das Wohl des Volkes, gleichviel, in welcher Staatsform wir leben.

Wilhelm II. zum Nachruf.

Karlsruhe, 24. Oktober.

Zur Stunde kann noch niemand wissen, wie einschneidend die Umstände von außen und innen unsere staatliche Verfassung beeinflussen werden. Mit einer gegebenen Tatsache kann man indessen rechnen und mit ihr wird ja auch in der letzten Antwortnote an Wilson gerechnet: die machtpolitische Stellung des Kaiserthums über die regierungsberechtigten Instanzen hat aufgehört. Wie weit die Einschränkung der Kronrechte gehen wird, wenn die Verfassung endgültig feststeht, ist ein Problem der Zukunft. Ob das monarchische System überhaupt seine jetzige Krisis überleben kann, vermag eine politische Kombination unsofortiger zu sagen, als Bestand oder Aufhören der Dynastie Hohenzollern zu einem guten Teil auf die etwas problematische Entscheidung des Taktes ihres derzeitigen Oberhauptes gestellt ist. Aber das Gewesen für das Kaiserthum im alten Sinne des Wortes steht fest und wir müssen uns jetzt Redenshaft ablegen, wohn wir durch das Wirken seines letzten Trägers gekommen sind.

Die Bilanz der Regierungstätigkeit Wilhelms II. geht erschöpfend in die Formel auf: Heer und Marine sind durch ihn groß geworden. Wissenschaft, Technik und Handel haben ein erstaunliches Wachstum unter ihm entfaltet, die Künste erfuhr ihre wesentlichste Bereicherung gegen ihn, die Politik des Aufsehens hat zu dem Resultat der Weltkollision gegen Deutschland durch die Initiativen des Kaisers geführt, die Politik des Innern ist reaktionär geblieben und in manchen Verhältnissen noch reaktionärer gestaltet worden durch Wilhelm II.

Sein vielfach dilettantisch operierender Geist hat sich zu einer sachmännlich produktiven Leistung auf dem militärischen Gebiet aufzuraffen vermocht. Heer und Marine sind zwar keine Schöpfungen aus dem Nichts, aber so wie sie dastanden, nach dem Prinzip der Ueberlegenheit in einem Zweifrontenkrieg ausgestaltet, sind sie sein Werk. Diese Anerkennung mag willig dargebracht werden, aber sie gehehe unter dem Vorbehalt einer späteren Untersuchung, ob diese Art Produktivität unser Segen und unser Fluch gewesen ist.

Problemhaft bleiben die Motive, aus denen der Kaiser sich mit so ungeheurer Energie für die Heer- und Flottenvermehrungspolitik eingesetzt hat. Ihre Spitze richtete sich aller Wahrscheinlichkeit nach weniger nach außen als nach innen. Zu einer fast dämonischen Kraft war in seinem Geist die Idee des Umsturzes angewachsen, des Umsturzes der Dynastie durch die Republik und des Umsturzes der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die sozialistische. Gegen diese Doppelgefahr, deren Herbeiführer dem Kaiser als Scheinmale von bodenloser Verruchtheit dargestellt wurden, sollten Heer und Marine das abwehrende Gegeninstrument bilden; wobei das äußerliche Militärintstrument auf einen Geist gestützt werden sollte, wie er bei einseitiger militärischer Erziehung sich bildet und durch eine Gottesgläubigkeit, die für die Oberherrschschaft von Thron und Altar betet. Je fürchtbarer das militärische Instrument, desto geringer die Chancen des Umsturzes und der auf Volksherrschaft abzielenden Forderungen. Das war die Gesinnung und die Berechnung hoch oben.

Sinnz kommt bei Wilhelm II. eine dem halb ästhetischen Gebiet entstammende Vorliebe für die Institution des Heeres und der Flotte sowie für die Art ihres militärischen Gebahrens um ihrer rein dienlichen Betätigungen. Ohne Frage, eine uniformierte Truppe, eine Truppe in Marschier- und Gefechtsübungen, in bunt bewegten Manöveroperationen hat für den Kaiser immer den Reiz eines entzückten Theaterbesuches von etwas primitiven Ansprüchen an Künstlerdarbietungen gehabt. Er hat den Vorrang des Soldaten vor dem Zivilisten offen laut und maßgebend festgelegt und so ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß Heer und Marine in neuerer Zeit aus der Rekrutierung des Volkes herborgehen, den eigentlichen Militarismus in Deutschland etabliert. Bei alledem ist er Friedensfreund geblieben. Er brauchte den Krieg nicht, ihm genügte für die Befriedigung seiner militärischen Vorliebe die soldatische Geste. In historischen Stätten Kompanien in allerhand Uniformen aus vergangener Zeit vorbeidestillieren zu lassen, dann das Schauspiel eines modernen Manövers unter Entfaltung großzügiger Kavallerietakten zu genießen, das und ähnliches dürfte für den Kaiser die Augenblicke „höchsten Soldatenglücks“ ausgemacht haben. Nein, Wilhelm II. hat den Krieg nicht gemollt. Wenn man von einer Schuld oder Mitschuld in weiterem Sinne reden darf, so kann sie nur in dem bestehen, daß er das Instrument des Krieges — wohl auch in bester Friedensabsicht — großgezogen hat, bis es ihm über den Kopf wuchs und ihn zum Werkzeug degradierte.

Wissenschaften, Technik und Handel sind unter ihm groß geworden. Das bedeutet natürlich nur so viel wie zu seiner Zeit. Einen Einfluß darauf, wie Schmeichler es gerne darstellen, hat er selbstverständlich nicht ausgeübt. Es ist

denn, daß man es ihm zum Verdienste anrechne, daß er der Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Handel keine Schwierigkeiten bereite.

Zu künstlerischen Angelegenheiten hat er eine ganz falsche Einstellung gehabt. Er war mit seinen ästhetischen Ansichten sozusagen in der zweiten schließlichen Dichterschule sitzen geblieben. Die führenden Mitglieder dieser Schule haben vor zweihundert Jahren die Lehren verbreitet, Kunst sei gewissermaßen ein Mittel der Erziehung und ihr vornehmster Zweck zielt auf die sittliche, väterländische und religiöse „Ertüchtigung“ des Volkes ab. So geriet er zu jedem Kunstschaffenden, das abseits dieser aufdringlichen, der Kunst gar nicht zutommenden Ertüchtigungsversuche verlief, ganz von selbst in Opposition. Er stellte sich einem Richard Wagner, einem Richard Strauß, einem Gustav Mahler, einem Jola, einem Liebermann, einem Jbien mit offener Bekämpfung entgegen und protegierte künstlerische Schrecksmandar wie Kauff, Schönherr, Knodt und andere Ertüchtiger. Wer immer in neuerer Zeit künstlerisch sich durchgesetzt hat, der mußte es gegen die vielfach recht aggressive Kunstpolitik des Kaisers tun.

Das Kapitel „Wilhelm II. und die äußere Politik“ ist in diesen Bänden nicht zu erschöpfen. Hier ist nur der charakteristische Punkt, der Gründung seiner Außenpolitik von Wichtigkeit. Er heißt Orientierungslosigkeit, Sitzakurs und Verpassung aller günstigen Gelegenheiten. Wir haben unter der Kanzlerschaft Caprivis eine extrem englandsfreundliche Politik verfolgt, die sein Nachfolger Hohenlohe mit einer ebenso extrem russenfreundlichen vertauschte. Unter Wilson ging zuerst ins englische Schlepptau und als das riß, weil die Engländer ihr Versprechen, die Portugiesen zum Verkauf afrikanischer Kolonien an Deutschland zu bewegen, nicht gehalten haben, da biederte man sich abermals nach Russland an. Inzwischen wurden Versuche gemacht, zu Frankreich in das Verhältnis einer referierten Freundschaft zu treten. Der Kaiser proklamierte den Engländern gegenüber: „Mit ist dicker als Wasser“, und dem Jaren sagte er im japanischen Kriege: „Russische Trauer ist deutsche Trauer“. Aber die Verankerung der Mutsbrüderlichkeit fand so wenig Glauben bei den Engländern wie die Politik der wohlwollenden Neutralität und der geradezu liebevolleren Freundschaft bei Russland. Es ereignete sich der in der Geschichte unerhörte Fall, daß ein Staat von der militärischen Macht Deutschlands ohne Bundesgenossen blieb.

In der letzten Note legte die deutsche Regierung gewissermaßen ein Selbstbekenntnis über die bisherige Reaktionspolitik im Innern ab. Sie muß vor aller Welt gestehen: Im Deutschen Reich stand der Volkswertung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volkswertung nicht vor. Sie dürfte noch von Duzenden Rechten, die alle angestrebt, aber nicht gewährt wurden, reden, aber nicht von einem Recht könnte sie berichten, das unter der Regide Wilhelms II. dem Volk oder seiner Vertretung zugestanden wurde. Es ist nicht zu leugnen, der Name Wilhelm II. erweckt ohne weitere historisch-politische Bestimmung den Nebengedanken an die unendlich vielen Majestätsbeleidigungsprozesse mit ihren haarsträubenden Verteilungen, an die rigorose Behandlung der sozialdemokratischen und sogar der liberal-demokratischen Parteien, an Junkertum, Pfaffenstump und Militarismus von ausgeprägtem Charakter. Die innere Politik ist reaktionär durch Wilhelm II. geblieben.

In meinem Leitartikel: „Was wird aus den Hohenzollern?“ wurde der Erwähnung Raum gegeben, ob ein Mann von so prononziertem Militararistokratismus wie Wilhelm noch innerhalb der neuen Regierung als Kaiser bleiben könne. Wie gesagt, das ist letzten Endes eine Lauffrage. Qui vivra, verra. Werden wir leben, werden wir sehen. O-n.

Ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler.

Berlin, 24. Oktober.

Am Bundesratsitz: Wigandler v. Paner und eine Reihe von Staatssekretären.

Präsident Behrensdorf eröffnet die Sitzung um 11.30 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Staatssekretär Dr. Solf

unter Bezugnahme auf die geistigen Ausführungen des Zentrumsredners, der die deutschen Truppen gegen die Anflüge in Schütz nahm, daß sie auf dem Rückzuge durch Flandern und Nordfrankreich geschwundene und unmensliche Handlungen begangen hätten, folgendes: Im Einvernehmen mit dem Generalgouvernement in Belgien hat sich am 18. Oktober eine Kommission, bestehend aus dem belgischen Gesandten als Vertreter der Franzosen, dem niederländischen Geschäftsträger als Vertreter der englischen Regierung und einem belgischen Staatsangehörigen als Vertreter der belgischen Regierung nach Tournay, Valenciennes und Dinain begeben und erklärt, daß die deutschen Behörden alles getan haben, um sowohl das Los der Flüchtlinge, wie der Bevölkerung der von dem Bombardement betroffenen Städte zu lindern. In der der Presse gegebenen Darstellung wird im Einzelnen dargestellt, daß die deutschen Behörden sich bemühten, die Bevölkerung vor Plünderung zu schützen, die Ernährung sicherzustellen und die Kunstschätze zu retten. Zwangsweise entnommen wurden nur die im militärdienstfähigen Alter befindlichen Männer und auch alle Kerze, Geräte usw. wurden ausgenommen.

Die gestern an die Regierung gestellte Frage, ob sie die Grundsätze Wilsons ehrlich auszuführen beabsichtigt, beantwortete der Staatssekretär damit, daß die Regierung jeden Zweifel an dieser Absicht auf das entschiedenste zurückweist. Bezüglich Eljah-Lothringens und Belgiens ist ohne weiteres klar, daß wir, da diese Landesteile in den 14 Wilsonschen Punkten ausdrücklich aufgeführt sind, mit der Regierung beider Fragen auf den Friedensverhandlungen unter Einverständnis erklären, wie wir denn auch das Wilsonsche Programm nach allen Richtungen und in allen Punkten loyal erfüllen wollen. Der Rechtsauffassung des Abg. Hansen, daß wegen der nordfranzösischen Landesteile aus dem Prager Frieden ein beschränkter Anspruch auf Grund einer Volksabstimmung bestehe, muß die Regierung als irrtümlich entgegengetreten. Der Prager Frieden ist nach geltendem Völkerrecht Anprüche beider Seiten den vertraglichen Teilen, die durch die Vereinbarung von 1878 aufgehoben sind, das ist durch den sogenannten Ostpreußenvertrag von 1907 von der dänischen Regierung anerkannt worden. Der Abg. Röllin hat über die in Eljah-Lothringen neugegründete Regierung ein herbes Urteil gefällt, das die Regierung aber nicht abhalten wird, auf dem für gut und richtig anerkannten Wege weiterzugehen. Eljah-Lothringen soll das Recht werden, die Landesangelegenheiten nach seinem Willen zu regeln. Das entspricht den Bestrebungen, die die Regierung, aus der sich die letzte Wehrheit gebildet hat, seit geraumer Zeit auf Anregung und mit Zustimmung des Herrn Röllin und seiner politischen Freunde verfolgt. Die Regierung läßt es für ihre Pflicht, diese Bestrebungen daher möglichst in die Tat umzusetzen. Einer anderweitigen Übung der eljah-lothringischen Frage wird hierbei in keiner Weise vorgegriffen. Der Redner der Polen hat aus dem § 13 des Wilsonschen Programms weitgehende Ansprüche für den künftigen polnischen Staat abgeleitet. Demgegenüber erkläre ich: Die Regierung hat das Problem Wilsons offen und ehrlich angenommen, den einen Frieden des Rechts will und nicht neue Gegenstände und Kriege entfehlen lassen möchte. Wenn der Redner der polnischen Fraktion erlaten ließ, daß er z. B. Danzig, eine ungewisshaft deutsche Stadt mit 2 bis 3 Proz. polnischer Bevölkerung für Polen beansprucht, so lehnt er sich dadurch in schreiendem Gegensatz zu den Wilsonschen Grundsätzen, daß nur Gebiete un-

zweifelhaft polnischer Bevölkerung mit ihm unabhängig vereinigt werden sollen. Das Wilsonsche Programm befaßt nicht, daß unbefreitbar deutsche Bevölkerungsgebiete Polen zugewiesen werden müssen. Eine verlässige Auswertung des Satzes von einem freien, gesicherten und zuverlässigen Zugang zur See, nicht im Sinne einer internationalen Freizone, sondern im Sinne territorialer Erörterung vorbestimmten Landes, widerspricht dem vom Präsidenten Wilson verkündeten Völkerrechtsverständnis. Die polnischen Ansprüche sollten auch polnische in Einklang gebracht werden, jedoch nicht neue Elemente von Zwist und Gegenströmung erzeugt werden dürfen, die den Frieden Europas und damit der ganzen Welt bald wieder stören würden. Dem Redner der Polen kann nicht verhehlt werden, daß das Selbstgefühl des deutschen Volkes durch jede gewaltsame Ausgliederung der neuen Völkerrechtsgrundsätze aufs Äußerste verletzt wird, sowie durch Ansprüche auf Landesteile, die durch geschäftliche, ethnographische und wirtschaftliche Verhältnisse lebensnotwendig mit dem Deutschen Reich verbunden sind. (Zustimmung.) Die deutsche Regierung wird bei der Behandlung dieser Frage sich mit aller Entschiedenheit jeder Vergewaltigung der Polen wie der Deutschen und jeder Übung widerlegen, die das Inkommensurieren der beiden benachteiligten Völker unmöglich macht und zu neuen Haß und zu neuen Konflikten führen muß. Wenn der Redner der Polen Erklärungen aus den Kriegsjahren bezieht und in klarer Form Kritik übt an gewissen Maßnahmen der preussischen Regierung, so glaube ich sie nur daran erinnern zu dürfen, was Deutschland mit Gut und Blut für die Befreiung Polens getan hat. (Allgemein lebhafter Zustimmung. Der Abg. Stojantzy ruft: Gerührt und gelindert haben sie!) (Es kommt zu einem erregten Austausch, in dessen Verlauf der Abg. Stojantzy zur Ordnung gerufen wird, ebenso der Abg. Werner-Giebel (D. Fr.) wegen des Zurufs (Zuruf!) Staatssekretär Dr. Solf ißt: Das demokratische Deutschland, dessen historische Stellung zur polnischen Frage auch den Polen bekannt ist, hat den erzieht und ehrlichen Willen, mit dem polnischen Volke in einem dauernd friedlichen, freund-nachbarnlichen Verhältnis zu leben. Dieses Ziel, das zweifellos auch im Interesse des polnischen Volkes liegt, ist aber nur zu erreichen, wenn beide Seiten es ehrlich erproben, (Beifall der Beifall.)

Kriegsminister Scheuch

Der Kriegsminister spricht ich heute zum erstenmal vor diesem hohen Hause in tiefsten schweren Tagen, aber nicht in beweislosen Tagen. Das Heer ist nicht geschlagen. Die Heimat ist nicht zusammengebrochen. Überall sind die Kräfte vorhanden, geeignet, uns zu erfolgreichem Widerstand zu befähigen. Sie zu weichen, ist meine vornehmste Aufgabe. Helfen Sie mir dabei. Etwas Dringenderes gibt es jetzt nicht zu vollbringen. Die Behauptung, daß 1916 die Munitionsherstellung vermindert worden ist, ist unrichtig. Die Munitionsherstellung paßt sich dem vorhandenen Material an und ist in tätigen Schritten begriffen. Noch in den letzten Monaten. Unsere ersten Panzerwagen waren nach den ersten Tanks 1916 an der englischen Front erschienen waren, im Mai 1917 fertig. Eine großartige Herstellung war nicht möglich, da das Hindenburg-Programm die Industrie voll in Anspruch nahm. Dadurch entfiel unsere Benachteiligung Amerika gegenüber, das seine Industrie vollständig zur Verfügung stellte. Den Bemängelungen unserer kriegstechnischen Leistungen gegenüber verweise ich auf unsere schweren Stütz- und Flakgeschütze, deren gewaltigen Leistungen die Welt in Erstaunen gesetzt hat. Die Panzerabwehrfertigung und die Konstruktion von Handwaffen wurde dauernd gefördert. Der Reichskanzler hat gesagt: Wir müssen dem Heere Menschen, Material und Mut zuführen. Daran müssen wir aber alle mitdenken und dazu können auch Sie beitragen, hier und im Lande. Es gilt, dem Vornehmsten der Feinde den deutschen Kampfeswillen entgegenzusetzen. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Abg. Nothe (Soz.):

Der Kriegsminister hat offenbar noch nicht erfährt, um was es sich handelt. (Beifall Zustimmung.) Ueber die Tankfrage hätte er besser geschwiegen. Offenlich bringen schon die nächsten Stunden den Beweis dafür, daß die deutsche Regierung allen Völkern mit seit einem Monat nicht einen einzigen armenigen Tank gebracht hat.

„Wenn du also“ wandte Benjamin ein, „sechs Monate lang kein Geld hättest, müßtest du auch sechs Monate lang in deinem Hause wie in einem Zigarette eingeschlossen bleiben.“ „Ja“, versetzte meine Großmutter, „denn ginge ich auch in der Wiese gesehen, so würde mich der Wächter auf der Kanzel durchschellen und man würde auf der Straße mit Fingern auf mich weisen.“

In diesem Falle forderte den Herrn Wächter auf, seinen Haushalt durch seine Wirtschaftlerin besorgen zu lassen, denn Gott ist zu gerecht zu verlangen, daß Madecourt seinen Korbstopf ohne Zwiebeln essen soll, weil du ihn mit einem liebreichen Kinde bekehrst hast.“

Glücklicherweise langte der so ungewollt erwartete Tank von einigen andern begleitet an und meine Großmutter konnte die Wiese besuchen. Als sie mit Frau Zalande wieder zu Hause ankam, fand sie meinen Onkel in Madecourts Lederjackett lang ausgezogen, die Fische gegen den Feuerbock geschmettert und einen Haß voll Glühwein vor sich; denn es muß bemerkt werden, daß Benjamin seit seiner Genesung, voller Dankbarkeit gegen den Glühwein, der ihm das Leben gerettet hatte, jeden Morgen eine Nation davon, die für zwei Marineoffiziere ausgereicht hätte, zu sich nahm. Zur Rechtfertigung dieser Extravaganzen bezeugte er, daß seine Temperatur noch immer unter Null wäre.

„Benjamin“, sagte meine Großmutter, „ich habe dich um eine Gefälligkeit zu bitten.“

„Um eine Gefälligkeit!“ versetzte Benjamin, „und was kann ich tun. Sehe Schwester, um deinen Bannich zu erfüllen.“ „Du wirst es schon geahnt haben, Benjamin; ich will dir, daß du bei meinem jüngsten Potentat übernimmst.“

Benjamin, der nichts dergleichen geahnt hatte, sondern den diese Bitte vielmehr vollkommen überraschte, schüttelte erköst den Kopf.

„Wie“, entgegnete meine Großmutter, ihm einen furchtbaren Blick zuwerfend, „solltest du es mir etwa abschlagen?“

„Nein, liebe Schwester, ganz im Gegenteil, aber...“

(Fortsetzung folgt.)

Mein Onkel Benjamin.

Roman von Claude Tillier.

(Fortsetzung.)

Mein Onkel ließ sich mit der Folgsamkeit eines Sammelns hinausstoßen. Sein Entschluß war bald gefaßt. Er wollte sich neben Poge, der wie ein Bliesbald schnarchte, auf einen der Tische im Dauphin legen. Als er aber auf dem Marktplatz an der Kirche vorüberging, fiel der Gedanke in ihm auf, Gott um die glückliche Entbindung seiner lieben Schwester anzurufen. Nun war es wieder sehr kalt geworden und das Thermometer zeigte fünf oder sechs Grad Frost. Trotzdem kniete Benjamin auf den Stufen des Portals nieder, faltete, wie er es bisweilen bei seiner lieben Schwester gesehen hatte, die Hände und begann einige Sätze aus einem Gebete herzumurmeln. Als er sein zweites Ave herkommelte, ergriff ihn der Schlaf, und er hing mit seinem Freunde Poge um die Wette an zu schnarchen. Als der Wächter früh fünf Uhr kam, um zum Angelus zu läuten, gewahrte er etwas Kniendes, das eine menschliche Gestalt hatte. In seiner Einfach wachte er zuerst, es wäre ein Weibchen, der aus seiner Nische gekommen wäre, um irgend eine Vuhilbung vorzunehmen, und er schickte sich an, ihn in die Kirche zurückzutragen; als er aber näher kam, erkannte er beim Scheine seiner Laterne meinen Onkel, dessen Rücken mit einer polldichten Schicht Eis bedeckt war, während ihm ein Eisgipfel von einer halben Elle von der Nase herabhängte.

„Holla, Herr Nathery!“ rief er Benjamin ins Ohr.

Da dieser nicht antwortete, läutete er ruhig sein Angelus und als er es beendet und abermals beendet hatte, kehrte er zu Herrn Nathery zurück. Weil dieser noch nicht tot war, lud er ihn wie einen Sack auf seine Schultern und brachte ihn zu seiner Schwester. Meine Großmutter war bereits vor gut zwei Stunden entbunden worden; die Nachbarninnen, welche die Nacht bei ihr zubrachten, bemühten sich um Benjamin. Sie legten ihn vor den Kamin auf eine Matratze, hüllten ihn in heiße Läden, in heiße Decken und legten ihm einen heißen Fliegstein unter die Füße; im Uebermaße ihres Eifers hätten sie ihn gern in den Ofen gesteckt. Mein Onkel taunte allmählich auf; sein Kopf, der eben so steif wie sein Degen war, be-

gannt auf das Kopfsteifen zu trödeln, seine Glieder dehnten sich aus, er gewann die Sprache wieder und der erste Gebrauch, den er davon machte, war, daß er um heißen Wein bat. Man machte ihm eiligst einen Kessel voll; als er die Hälfte davon getrunken hatte, versiel er in einen solchen Schweiß, daß man glaubte, er müßte zerfließen. Er vertilgte den Rest, schielte wieder ein und um acht Uhr morgens war ihm vollkommen wohl. Hätte der Pfarrer über diese Tatsache eine Verhandlung aufgenommen, so wäre mein Onkel unfehlbar heiligt gepredigt worden. Man hätte ihn wahrscheinlich den Säckenwirten zum Schutzpatron gegeben und, ohne ihm zu schmeicheln, hätte er mit seinem Poppe und seinem roten Kocke ein prächtiges Wirtschaftshaus gegeben.

Eine Woche und etwas darüber war seit der glücklichen Entbindung meiner Großmutter verstrichen und schon dachte sie an ihren Abgang. Diese Art von Quarantäne, die ihr die kirchlichen Vorrichtungen auferlegten, hatte große Uebelstände für sie im Besonderen und für die ganze Familie im Allgemeinen. Ertlich konnte sie, sobald irgend ein etwas bemerkenswertes Ereignis, ein hübsches Vergnügen zum Beispiel, die ruhige Oberfläche des Stadtviertels kränkelte, zu keinem lieben Nähesten in der Rue des Moulins zur näheren Besprechung gehen, was für sie eine schreckliche Entbehrung war; jedoch war sie gezwungen, Gaspard mit einer Kleiderbürste auf den Markt und zum Fleischer zu schicken. Entweder verlor nun Gaspard das ihm für den Wächter zum Supperfleisch mitzugegebene Geld, oder er brachte ein Stück vom Halse anstatt vom Schlegel, oder die Suppe war auch wohl schon, wenn er einen Korbstopf zu derselben holen sollte, aufgetan, ehe Gaspard noch mit demselben angelangt war. Benjamin lachte, Madecourt wurde müde und meine Großmutter gab Gaspard die Aute.

Merkwürdig, einen Korbstopf ohne Zwiebeln essen zu müssen, weil Gaspard noch immer nachließ, fragte mein Großvater eines Tages: „Weshalb tust du auch deine Arbeit nicht selber?“

„Weshalb? weshalb!“ erwiderte meine Großmutter, „weil ich nicht zur Messe gehen kann, ohne vorher Frau Zalande zu bezahlen.“

„Weshalb, liebe Schwester, wartest du denn mit deiner Niederkunft nicht, bis du Geld hastest?“

„Frage lieber deinen dummsüßigen Schwager, weshalb er“

Fr. 20. den Reich... waren da... dieser Bo... Zustände... immer st... unierer... Freiheit... angere... wäre... kämpfer... sagt. Es... and polit... sekretär... Berlin... lung der... Posten... Präsi... Sieben fü... zur C... Staats... Friedensg... machen... Sammlung... sollen, it... zungszu... sind, we... Abg... mals ihre... Eine soll... temern... len führe... kommen... simt und... verspru... da sein, w... Biete... hätte nicht... nicht gel... Regierung... schü. Fri... den, wenn... den Reich... wenn ihr... Abg... riefelmar... in Sepier... weitergeh... überigen he... Krieg we... Verhältni... den darau... Redner's... tarismus“... hend: Der... (Aufse bei... präsident h... nur einget... System be... werden. G... sprüche zu... Ansprüche... sen würde... Redner no... zung.)... Bizefa... Reiches str... terland sch... diesen, daß... der neuen... Krieges... sagt habe... Wir haben... Feinde... Die A... die gemei... Abg... Verfassung... Krieges in... rals und d... jenigen Be... der Reichs... Reichstages... Staats... zung um... perioden h... Das G... Sodan... in nament... Stimmene... Hauptfache... raten. D... Polen, Eij... Nächste... ritte... zungen... Die A... best spalte... porationen... siebern p... Streizzeit... wirtze... Kriege un... den n... Landwirte... Seimat zu... stromen k... Landwirte... Seiten zw... her ist ma... nicht gesto... leit nur z...

den Frieden beträchtlich näher gebracht hat. Die gestrigen Reden waren das Beträubende, was wir uns verdient haben. (Sehr richtig!) Unser Volk verzweifelt aber nicht an der Zukunft, es wird seine Zustände im Innern zu formen wissen. Die Polen sollten nicht immer kritisch üben, sondern auch anerkennen, daß viele Tausende unserer besten auf polnischer Erde ruhen und daß die polnische Freiheit mit deutschem Blut bezahlt worden ist. Auf Danzig können wir nicht verzichten. Deutschland und Polen sind aufeinander angewiesen. Die Annexion der deutschen Kolonien wäre unvereinbar mit einem Rechtsfrieden. (Sehr richtig!) Jetzt kämpfen wir für unsere nackte Existenz. Unser Volk ist nicht verzagt. Es muß aber Front gemacht werden

gegen junkerliche und militärische Ueberhebung

und politische Mächtigkeiten. Wir verlangen einen Unterstaatssekretär für das Kriegsministerium und für das Marineamt. Der Berliner Polizeipräsident, der gestern eine Versammlung der Friedensgesellschaft verbot, muß von seinem Posten.

Präsident Lehmann ruf nachträglich den Abg. Werner-Gieseler für seinen begreiflichen, aber doch unparlamentarischen Zutritt zur Ordnung.

Staatssekretär Trimborn: Für das Versammlungsverbot der Friedensgesellschaft ist der Polizeipräsident nicht verantwortlich zu machen. Der Erlaß des früheren Kriegsministers, wonach Versammlungen gewisser Friedensgesellschaften nicht gestattet werden sollen, ist aufgehoben. Das Programm für Besetzung und Belagerungszustand wird streng durchgeführt. Personen, die nicht geeignet sind, werden von ihren Posten entfernt.

Abg. Kretsch (Kons.): Die Polen würden durch die Entente niemals ihre Befreiung von Ausland erfahren haben. Die äußerste Linie sollte nicht zum Regieren ausgeübt werden, sondern zu dem, von denen sie etwas versteht. Seit Bismarcks Zeiten ist kein führender konservativer Parlamentarier in die Regierung gekommen. (Widerspruch.) Das deutsche Volk ist monarchisch gesinnt und bleibt es bis auf die Knochen. Wir erheben keinen Widerspruch gegen das Vertrauensvotum. Das deutsche Volk wird da sein, wenn es zum letzten Kampfe aufruft.

Bizelanger v. Bayer: Wenn Herr v. Kretsch mir vorhält, ich hätte nichts gelernt, so möchte ich den sehen, der in diesen Zeiten nichts gelernt hat. Das Einbeziehen der Konservativen in die Regierung war ganz unmöglich. Ihre Politik erachten wir als verfehlt. Früher waren die Konservativen durchaus damit einverstanden, wenn ganze Parteien von der Regierung ausgeschlossen wurden. Meine gestrige Rede hätte so gehalten werden müssen, auch wenn ihre keine konservativere Rede vorausgegangen wäre. (Beifall.)

Abg. Ledebour (L. Soz.): General Ludendorff und auch Generalstabchef v. Hindenburg hätten schon früher und nicht erst im September plötzlich voraussehen müssen, daß es nicht mehr weitergeht. Das Volk mußte rechtzeitig aufgeklärt werden. Im übrigen hat der Kriegsminister den Standpunkt vertreten, daß der Krieg weitergeführt werden kann. So leicht gibt der Militarismus die Waffen nicht aus der Hand. An unseren innerpolitischen Verhältnissen hat sich nichts geändert. (Abg. Kunert wird bei den darauf bezüglichen, ins Einzelne gehenden Darlegungen des Redners wegen eines Zwischenrufes „Schurkenreich des Militarismus“ zweimal zur Ordnung gerufen.) Abg. Ledebour schließt: Der unheilvolle Einfluß des Kaisers muß beseitigt werden. (Aufse bei den unabhängigen Sozialdemokraten: Abhandeln! — Vizepräsident Dowe ruft den Redner zur Ordnung.) Wir sollten nicht nur einzelne Personen, sondern gleich das ganze monarchische System beseitigen. Der II. Weltkrieg sollte vollständig eingestellt werden. Die Polen dürfen nicht so weit gehen, territoriale Ansprüche zu erheben, wie es geschehen ist. Namentlich die polnischen Ansprüche auf Danzig und Westpreußen müssen fallen. Ostpreußen würde ja in der Luft hängen. Vizepräsident Dowe ruft den Redner nachträglich wegen Verlesung des Abg. Kretsch zur Ordnung.)

Bizelanger v. Bayer: In dieser schweren Entscheidungssunde des Reiches sind Reden wie die des Herrn Ledebour geeignet, dem Vaterland schweren Schaden zuzufügen. Der Vordränger sollte bedenken, daß der Kaiser sich mit aller Entschiedenheit auf den Boden der neuen Verfassung gestellt hat.

Kriegsminister v. Scheuch: Was ich über die Lanfrage gesagt habe, widerspricht nicht dem vom General v. Stein Gesagten. Wir haben wohl ein Modell gehabt, aber nicht die Zahl wie die Feinde.

Die Aussprache wird geschlossen und auf Antrag Gröber (Ztr.) die zweite Lesung begonnen.

Abg. Dr. Zehner (Zentr.): Wir beantragen, daß die Reichsverfassung im § 11 folgende Fassung erhält: „Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich. Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstages.“

Staatssekretär Trimborn: Die Reichsleitung stimmt dieser Anregung zu und behält sich vor, für die Zeit zwischen den Legislaturperioden besondere Vorkehrungen zu treffen.

Das Gesetz wird mit dieser Änderung angenommen. Sodann wird die Vertrauensabstimmung für den Reichstanzler in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 59 Stimmen bei 23 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmten in der Hauptsache die Konservativen und die Unabhängigen Sozialdemokraten. Der Abstimmung enthielten sich die Deutsche Fraktion, die Polen, Eisässer und der Däne.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr. Dritte Lesung: Änderung der Verfassung für Elsaß-Lothringen. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Es regnet Kundgebungen!

Die Konservativen und alle deutschen Blätter veröffentlichen jetzt spaltenweise „Aufrufe“ und „Kundgebungen“ von Korporationen, die sich meist aus Heimkriegern und Kriegs-Muttern zusammenschließen. In der „Kundgebungs“-Spalte der „Streuzeitung“ figurieren neben dem Bunde der Landwirte, also der Vertretung eines Erwerbsstandes, der dem Kriege ungeheure Gewinne verdankt, die — Superintendanten von Rathenow und Gabeland. Der Bund der Landwirte will „alle Kräfte zusammenfassen“ und „von der Heimat zur Front eine starke Welle der Opferwilligkeit strömen lassen.“ Es ist bedauerlich, daß sich der Bund der Landwirte erst heute darauf befinnt, daß ein Volk, das in Zeiten wie den jetzigen bestehen will, Opfer bringen muß. Wäber ist man bei dem Bunde auf keinerlei Anzeichen dieser Einsicht gestoßen. Wäber haben von dieser Seite der Öffentlichkeit nur Manifestationen einer Gesinnung vorgelesen, die auf

die Ausdauer und den Geist der Leute an der Front geradezu ruhmlos wirken mußten.

Die Superintendanten handeln nach dem alten Spruche, daß die Selbstkenntnis der erste Schritt zur Wandlung sei. Sie geben zu, daß sie sich bisher den Gefahren gegenüber tot gestellt haben (die Feinde reden über die Art des Friedens „als wären wir alle erbärmlich feige oder tot“). Jetzt wird es aber anders. Die Superintendanten werden — sich der Führerschaft zur Verfügung stellen? Nein! Sowie gehen sie nicht. Sie werden einen Bund schließen. . . Und so weiter. So und ähnlich sind auch die anderen Versicherungen der Heimkrieger beizubehalten. Und das mag sich noch heute ans Licht der Öffentlichkeit! Wir wollen nicht jagen der gute Geschmack, aber der Sinn für das jeweils Schädliche sollte diese Menschen von ihrem Treiben abhalten.

Ausland.

Spanien, der Gläubiger Amerikas. Zu den zahllosen Ueberraschungen des Krieges gesellt sich jetzt eine neue: die Vereinigten Staaten von Amerika pumpten Spanien an! Wie der Londoner „Economist“ vom 28. September berichtet, sandte die Washingtoner Regierung eine Sonderabordnung nach Madrid, um dort eine Anleihe aufzunehmen. Die Bank Urquijo und die Bank von Barcelona bewilligten vorläufig einen Kredit von 75 Millionen Pesetas. Der Kredit kann um 175 Millionen erhöht werden und den Höchstbetrag von 250 Millionen Pesetas erreichen. Die Zinsen betragen 4,5 vom Hundert und 0,5 vom Hundert Kommissionen. Der Kredit wird gesichert durch die Unterdrücken der großen amerikanischen Banken; außerdem soll Spanien seine Einfuhr aus Amerika, wie Petroleum, Baumwolle und Maschinen mit diesen Wechseln zahlen dürfen.

Die Storting-Wahlen in Norwegen.

Oslo, Kristiania, 23. Okt. (Nicht amtlich.) Norsk Telegram Byran. Die Wahlen zeigen eine große Verschiebung nach rechts. Im Augenblick sind 48 endgültige Wahlergebnisse bekannt: 25 der Rechten, 14 der Linken, 1 Arbeiterdemokrat und 8 Sozialisten. In 66 Bezirken erfolgt Stimmwahl. 12 Ergebnisse sind noch unbekannt. Der Storting-Präsident Nowinkel wurde von einem Kandidaten der Rechten besetzt. Konservativere Zeitungen erwarteten den Sturz der Regierung. Die Rechte gewann 8 Bezirke, die Linke verlor 7, die Sozialisten einen. In den Wahlbezirken mit endgültigem Ergebnis liegt die Stimmzahl der Rechten um 50 000, die Stimmzahl der Linken um 20 000 hinter im Vergleich zu den letzten Wahlen.

Aus der Partei.

Parole gegen Heimann, für Kempner! Die „Leipziger Volkszeitung“ bezeichnet es als einen Scherz, von den Wählern der unabhängigen Sozialdemokratie zu erwarten, daß sie in der Stichwahl für den „Regierungssozialisten Heimann“ gegen den Fortschrittler Kempner stimmen würden. Sie ist der Ueberzeugung, „daß unsere Berliner Genossen auf diesen Scherz nicht hineinfallen werden“. Denn der Regierungsozialismus unterscheidet sich vom Fortschritt sowohl nicht und hätte hier außerdem den unabhängigen Sozialdemokraten an der Stichwahl verdrängt. Damit hätte die Sozialdemokratie dem Vertreter des Großkapitals feindschaftliche Hilfe geleistet.

Sonderbar, sehr sonderbar! Ohne die Kandidatur Heimann wäre Kempner natürlich im ersten Gange mit überwaltigender Mehrheit gewählt worden. Aber es bedarf keines näheren Eingehens auf die Leipziger Kandidatur; das wesentliche ist, daß die Unabhängigen entschlossen sind, nicht für den Sozialdemokraten zu stimmen.

Fortschritt über! Eine erfreuliche Wirkung hat der politische Umschwung auch in Bayern gezeigt. Die Aufzugsziffer unseres Münchener Parteiblattes, der „Münchener Post“, hat sich trotz der erst jüngst erfolgten Abnommenpreisverhöhung in den letzten Tagen um rund 15 000 erhöht.

Vom „Vorwärts“. Ein Berliner Blatt teilt mit der Quellenangabe einer Berliner Korrespondenz mit, das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie werde vom 1. November an täglich zweimal erscheinen. — Das ist nicht richtig. Gewiß steht ein zweimaliges Erscheinen des „Vorwärts“ bevor, doch wird diese Veränderung erst später eintreten.

Deutsches Reich.

Die Neuordnung in den Bundesstaaten. Die sächsische Regierung hat sich in der Frage der allgemeinen politischen Neuordnung bis in die letzten Tage noch zurückgehalten. Wie wir hören, hat es erst eines Anstoßes von Berlin aus bedurft, um die Dresdener Regierung zur richtigen Erkenntnis der politischen Sachlage zu bringen. Jetzt ist für den 28. Oktober der sächsische Landtag einberufen worden, dem auch eine Wahlfreie vorgelegt werden soll. Die lange hinausgezögerte der zeitgemäßen Reform der innerpolitischen Verhältnisse Sachsens wird denjenigen der sächsischen Staatsminister, die an dieser Verzögerung die Hauptschuld tragen, das Amt kosten. Die Herren von Meißel, v. Seydewitz und Dr. Beck werden um ihren Abschied nicht herumkommen. Auch Graf Bismarck von Cstädt wackelt. Es ist noch nicht sicher, ob man ihm noch eine Galgenfrist gewähren oder ob er das Schicksal seiner Kollegen teilen wird. Unter dem Namen der kommenden Männer tauchen auch die zwei führenden Sozialdemokraten, der Genosse Sindemann und Fröhlich, auf. Berner wird der nationalliberale Dr. Ceyffert genannt.

Nicht „Erste Kammer“, sondern „Herrenhaus“. Es ist nur eine Kleinigkeit, eine Neuheit — aber sie ist außerordentlich beachtend. In der Sache hat das preussische Herrenhaus unter dem schärferen Druck der äußeren Lage an den reaktionären Beschlüssen des Dreiklassenparlamentes in der Frage der Verfassungsvorlagen manche wertvolle Verbesserungen beschlossen, hat sie beschließen müssen. Aber einen Tropfen heilsamen Balsams hat es gepflanzt, sich auf die schmerzlichen Wunden trübseln zu lassen, die es — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — sich selbst schlagen mußte: es hat überall die vom Abgeordnetenhause angenommene Namensänderung von „Herrenhaus“ in „Erste Kammer“ rückgängig gemacht und das alte schöne Wort „Herrenhaus“ wiederhergestellt.

Wenn schon nicht im Weien, so soll nach dem Willen der „Serren“ wenigstens im Namen auch im neuen Dertich

land noch die Erinnerung an die alte schöne Zeit festgehalten werden, als es im geeigneten Lande Preußens noch „Serren“ und „Untertanen“ gab!

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 24. Okt. (W.B. Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Lys-Niederung dauerten Teilkämpfe an. Südwestlich von Deinge schlug die seit 14. Oktober in täglichen Kämpfen bewährte 52. Reserve-Division unter Generalleutnant Waldorf erneute Angriffe des Feindes an der Bahn Deinge-Bareges ab. Weidertels von Vichte setzten wir uns in vorderster Nacht vom Gegner etwas ab und schlugen den Feind, der gestern in der Gegend von Kattestraat angriff, zurück. Auf feindlicher Seite haben sich belgische Landeseinwohner an diesen Kämpfen beteiligt. Tournay und Valenciennes liegen unter englischem Feuer. Bei Tournay und in der Schelde-Niederung erfolgreiche Vorfeldkämpfe.

Weidertels von Solesmes und Le Cateau nahm der Engländer mit frisch eingeleiteten Divisionen auf fast 30 Kilometer freier Front mit großen Zielen angelegte Angriffe wieder auf. Am Garpies-Grunde ist sein erster Ansturm am frühen Morgen gescheitert. In wiederholtem Angriff stieß er im Laufe des Tages beiderseits von Romeries bis in die Gegend von St. Martin und Saleches und mit Zielen auf Beaupignies vor. In der Mitte der Schlachtfront brachten wir den beiderseits der Römestraße, Le Cateau-Babai angreifenden Feind in der Linie Poir-Vouffies zum Stehen. Südlich von Vouffies haben die schon in den letzten Schlachten bewährten Radfahrtruppen wiederholtes Vorbringen des Gegners gebindert. Südlich von Le Cateau sind mehrfache Anstürme des Gegners völlig gescheitert. Zwischen Pommeze und Nil und Cattillon kämpfende schleswig-holsteinische, mecklenburgische und württembergische Regimenter haben gegen gewaltige Uebermacht ihre Stellungen behauptet. Das Füsilier-Regt. Nr. 122 unter seinem Kommandeur Oberst v. Alberti hat hier besonders geleistet. Südlich von Cattillon blieben die gegen den Sambre-Dise-Kanal vordringenden Angriffe vor diesem in unserem Feuer liegen.

Zwischen Diffe und Serre zeitweilig Artilleriekampf, dem auf dem Nordufer der Serre feindliche Angriffe folgten. Sie wurden in unserem Feuer und durch Gegenstoß abgewiesen. Teilangriffe des Gegners gegen den Souche-Abchnitt nördlich von Bierrepont scheiterten. Das engbewohnte mit Flüchtlingen angefüllte Montcornet liegt unter hartem französischem Feuer.

Ostlich der Aisne beschränkte sich der Feind gestern auf sehr starke, durch heftiges Feuer unterstützte Teilangriffe. Bayern und württembergische Pioniere haben die Höhen nördlich von Vouziers gegen viermaligen Ansturm gehalten. Ostlich von Vouziers laten sich in den letzten Kämpfen Teile der 1. Garde-Inf.-Division unter Major Graf v. Eulenburg besonders hervor. Zwischen Digny und Grandpre schlugen elsaß-lothringische, hüringische und hessische Regimenter feindliche Angriffe ab. Die Hauptlast des Kampfes trug das Inf.-Regt. Nr. 17, das sich wiederum unter seinem Kommandeur, Major Stehbe, besonders bewährte. Auch auf beiden Maas-Ufern nahmen die Angriffe der Amerikaner wieder größeren Umfang an. Aus den Wäldern von Pantehville und nördlich von Cuneil stießen sie mit starken Kräften und von Panzerwagen begleitet gegen unsere Linien vor; sie wurden abgewiesen und erlitten in unserem zusammengefaßten Feuer besonders schwere Verluste.

Ostlich der Maas dauerten heftige Kämpfe um die Waldhöhen beiderseits der Straße Conzenoye-Dambillers bis zum Abend an. Im harten Kampfe und in erfolgreichem Gegenstoß warfen brandenburgische und sächsische Bataillone den mehrfach anstürmenden Amerikaner zurück.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In heftigen Gebirgskämpfen haben unsere Nachhut das Bezieren neuer Stellungen beiderseits von Parafin gesichert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Kriegsminister Scheuch über die Kriegsanleihe:

Wer nicht Kriegsanleihe zeichnet, handelt falsch, denn die Kriegsanleihe wird immer mindestens so gut sein wie bares Geld.

Reich

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 24. Okt., abends. (W.B. Amtlich.)

Erfolgreiche Teilkämpfe in Flandern. Südlich von Solesmes und Le Cateau sind erneute schwerste Angriffe der Engländer gescheitert; sie blieben auf örtlichen Geländegewinn beschränkt. Von den anderen Fronten nichts Neues.

Fliegerangriff auf Wiesbaden.

Karlsruhe, 24. Okt. (W.B. Amtlich.) Heute Nacht erfolgten zwei Fliegerangriffe auf die offene Stadt Wiesbaden. Nach den bisherigen Feststellungen wurden etwa 7 Bomben abgeworfen. Es entstand nicht unerheblicher Sachschaden an Privathäusern. Soweit bis jetzt bekannt, werden 5 Personen, die sich in diesen Häusern befanden, vermisst. Acht weitere Personen wurden verletzt.

In dem Badeort Wiesbaden, in dem zur Zeit Tausende von Verwundeten und Kranken Erholung suchen, befinden sich keinerlei militärische Anlagen, die einen Angriff auf diese Stadt irgendwie rechtfertigen könnten. (G. R.)

Fliegerangriff auf Mannheim-Ludwigshafen.

Karlsruhe, 24. Okt. Vergangene Nacht griffen feindliche Flugzeuge Mannheim-Ludwigshafen in drei Wellen erneut an und warfen mehrere Bomben ab. An Gebäuden und Wohnhäusern wurde einiger Sachschaden angerichtet. Durch Bomben wurde niemand verletzt, jedoch ist eine Person, die entgegen den Vorschriften auf der Straße verblieben war, durch ein Sprengstück unserer Abwehrkanonen getötet worden. (G. R.)

Die rumänischen Kriegsheer.

W.B. Bukarest, 22. Okt. Corr.-Büro. Die Maßnahmen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen die angeklagten Minister und ihre Mitschuldigen geben heute folgendes Bild: Constantinescu, ehemaliger Landwirtschaftsminister, ist in Freiheit gesetzt worden, hauptsächlich weil er sich weigerte, Aussagen zu machen. Der Chef der Bukarester Sicherheitspolizei Raphael ist in Freiheit gesetzt und den außerordentlichen Gerichten übergeben worden. Generalsstabschef Tliescu ist mit Rücksicht auf seine schwache Gesundheit in Freiheit gesetzt worden. Nur der Chef der Staatspolizei Panaitescu ist noch in Haft. (Viel ist ihnen demnach nicht passiert. D. Red.)

Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 24. Okt. Ueber die Stimmung im englischen Volk will die „Königliche Zeitung“ berichten können, daß die Friedenssehnsüchtigen jenseits des Kanals ebenso groß wenn nicht noch größer sei als in Deutschland. Zwei deutsche Kaufleute aus Kiel, die vor Kriegsausbruch bei englischen Großfirmen tätig waren, erhielten über die Schweizer Auftrag, sich sofort nach der Schweiz zu begeben, um gleich nach Friedensschluß ihren früheren Auftraggebern (englischen Textilfirmen) wieder zur Verfügung zu stehen.

Oesterreich-Ungarn.

Wiener Bitte an die tschecho-slowakische Regierung.

Die „Vossische Zeitung“ berichtet: Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtete an den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Lujar das Ersuchen, die tschecho-slowakische Regierung möge mit der Stadt Wien wegen Lieferung von Lebensmitteln in Verhandlungen eintreten. Er verwies dabei auf die Zahl der in Wien lebenden Tschechen, die unter der Not ebenso zu leiden hätten wie die anderen Bewohner der Stadt. Vizepräsident Lujar erklärte die Bereitwilligkeit zu solchen Verhandlungen, die aber nur direkt mit dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner, jedoch nicht mit der österreichischen Regierung geführt werden sollen. — Die tschechischen Eisenbahnen lassen, wie der „Tag“ berichtet, keine Lebensmittel nach Deutsch-Oesterreich durch.

W.B. Wien, 24. Okt. (Nicht amtlich.) Dem Fremdenblatt zufolge begeben sich heute Abend die Abg. Renner, Schraiber, Friedmann, Finl, Dr. v. Langenhan, Pantz im Auftrage des vorläufigen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung nach Berlin, um dort bei möglichen Stellen in der Ernährungsfrage vorzutreten. Auf der Rückfahrt dürften sie nach Dresden berühren.

Die Lage in Ungarn.

W.B. Budapest, 24. Okt. (Nicht amtlich.) Ungar. Tel.-Büro. Nach der Eröffnung der Sitzung ergreift der Ministerpräsident Dr. Bekerele das Wort und erklärt in längerer Rede, daß die Verhältnisse sich immer schwieriger gestalten, so daß eine Zusammenfassung aller nationalen Kräfte erforderlich sei. Er halte jedoch den Augenblick nicht für geeignet, um in der jetzigen Lage die Regierung weiter zu führen. Er werde seine Entlassungsgesuch einreichen und vorschlagen, eine solche Regierung zu berufen, die unter Teilnahme sämtlicher Parteien des Hauses, eventuell auch unter Teilnahme von außerhalb des Hauses stehenden Kräften die Geschäfte übernehme. (Voller Beifall bei der Opposition.)

W.B. Budapest, 24. Okt. (Nicht amtlich.) Halbamtlich nach aus Fiume gemeldet: Die Ordnung in der Stadt ist vollkommen wieder hergestellt. Ungarische Truppen sind in die Stadt eingezogen und haben die Auführer vollkommen hinausgedrängt.

Demission der gesamten Regierung.

W.B. Budapest, 24. Okt. (Nicht amtlich.) Halbamtlich wird verlautbart: Ministerpräsident Dr. Bekerele überreichte in der heutigen Audienz die Demission der gesamten Regierung, welche von dem Monarchen angenommen wurde. Der König betraute bis zur Ernennung einer neuen Regierung Bekerele mit der Führung der Geschäfte. Der König nahm die Demission des Ministers des Äußeren Grafen Julius Andrássy.

Bden.

Brudersal, 25. Okt. „Deutschlands Gegenwart und Zukunft“ heißt das Thema, über das der Abgeordnete des Kreises, Herr Dr. Ludwig Haas, am Samstagabend 8 Uhr in der Turnhalle der Oberrealschule sprechen wird. Zu dieser Versammlung laden die Vertreter der Mehrheitsparteien ein. Von unserer Seite sollte ebenfalls eine Mitgliederversammlung stattfinden, die aber in Rücksicht auf diese Versammlung auf einen noch später zu bestimmenden Tag verschoben wird.

Bretten, 24. Okt. Der Erlös für die während der Unterrichtszeit durch die Schüler der hiesigen Volks- und Mädchenbürgerschule gesammelten Mengen an Laubheu und Brennholz mit 1126.75 M. wurde bis zur späteren Beschaffung von Unterrichtsmitteln bei der Sparkasse in Kriegsanleihe angelegt.

Rastatt, 24. Okt. (Nicht amtlich.) Bei der Nollandung eines Flugzeuges in der Nähe des Ukrainelagers verunglückte der Kontinentwirth Karl Göh tödlich. Infolge Motordefekts setzte sich das Flugzeug nach der Landung nochmals in Gang, wobei der Verunglückte an einer Barade togedrückt wurde.

Freiburg, 24. Okt. Die Strafkammer verurteilte den Maler Friedrich Leo Mader wegen Diebstahls von 7 Treibriemen im Werte von 7000 M. zu einem Jahre 7 Monaten Gefängnis.

Mannheim, 24. Okt. Eine 21jährige Wagenführerin der Straßenbahn fuhr gestern Abend mit einem unbeluchteten Motorwagen auf ein mit zwei Pferden bespanntes Fuhrwerk aus Kellerau und warf dieses auf die Seite. Der Straßenbahnwagen und das Fuhrwerk wurden stark beschädigt. Leiber verunglückte auch eine Insassin des Straßenbahnwagens, die 21jährige Arbeiterin Emilie Partig aus Althütte. Sie erlitt einen Schädelbruch und starb bald nach dem Unfälle. — Gestern vormittag gerieten die Kleider der 4 Jahre alten Luise Hermann während der Ab-

wesenheit der Mutter in der eiserlichen Küche in Brand. Das Kind erlitt so schwere Brandwunden, daß es nachmittags starb.

Ein militärisches Verbot. Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Ueberall da, wo sich Luftverteidigungsanlagen befinden, ist es verboten, das betr. Gelände und die auf demselben sich befindlichen Baulagen zu betreten, Motoren, Winden, Kabel, Spanndrähte, Ballone und Drachen, da mit Lebensgefahr verbunden, zu berühren. Besonders wird davor gewarnt, abgeriffene Drachen und Balloneinheiten mit anhängendem Kabel zu berühren, da durch ungeschickliche Behandlung elektrische Entladungen hervorgerufen werden, die sofortigen Tod zur Folge haben können. Bei Ballonen sind zur Vermeidung von Explosionen brennende Zigarren usw. auf mindestens 50 Meter fern zu halten. Bei Aufsuchen abgeriffener Einheiten wird um sofortige telephonische Benachrichtigung der nächsten militärischen Stelle gebeten.

Bewirtschaftung des Besenginsters. Nachdem durch neuerliche Bundesratsverordnung die Bewirtschaftung des Besenginsters angeordnet worden ist, ist für den Bereich des Großherzogtums Baden die Badische Resselgesellschaft in Schoppsheim ermächtigt, das Abwachen der Stengel des Besenginsters besorgen zu lassen, die geernteten Pflanzen, welche meldepflichtig sind, zu noch festzusetzenden Höchstpreisen anzukaufen und die Aufschichtung den zur Jagdergebnung zugelassenen Betrieben zu übertragen. Uebertragung der Vorkaufrechte wird befristet. In allen Besenginsterbetreffenden Fragen wollen sich die Interessenten stets nur an die obgenannte Gesellschaft in Schoppsheim und nicht etwa nach Berlin wenden.

Zum Kapitel Weinwucher. Ueber den Weinwucher herrscht wohl nirgends größere Schitterung als in der Pfalz, wo der Wein von jeher Volksgetränk war. Durch die ungeheure Preissteigerung wurde im Verlauf des Krieges der Bevölkerung, bei der ihrer Anstrengung ein Glaschen Wein wohl zu gönnen wäre, der Weingenuß unmöglich gemacht. Nun trat, beanlagt durch die unsicheren politischen Verhältnisse, vor einiger Zeit ein Preissturz auf dem Weinmarkt ein. Die Bevölkerung atmete auf in der Hoffnung, bald wieder ein Glas Wein zu erträglichem Preis trinken zu können. Nun ist aber nicht ein allgemeiner Preisabschlag, sondern heillose Anarchie eingetreten. In dem einen Ort werden die Preise hoch gehalten, in anderen Orten sind sie gesunken. Das schildert eine der „Pfalz. Post“ aus Oppau ausgegangene Zuschrift u. a. also: Am Sonntag kam der 1818er „Neue“ zum Ausschank, der dem Publikum sehr gut mundete, aber mit einem sehr großen Preisunterschied. Zum Beispiel in Oppau, das nur wenige Kilometer von der Weingene entfernt liegt, kostete der halbe Liter „Neue“ 2 M. und 250 M. in Speyer und Neustadt a. S. ebenfalls 2 M. Dagegen kostete in Wußbach der halbe Liter „Neue“ im Bürgerverein 3.60 M., ebenso wie der „Alte“. Ich bin nicht ein Wucher, gegen den mit aller Wucht Front zu machen ist? Das ganze arbeitende Volk hat in den letzten 8 Tagen glückselig, als der neue Wein einen Abschlag erhielt, daß auch ihm wieder Gelegenheit geboten wurde, einen Schoppen zu trinken, um die abgematteten Glieder zu stärken. Nun kommen wieder diese geldgierigen Rimmerlatte und machen uns wieder einen Strich durch die Rechnung. Wo ist die Behörde, die endlich diesem Wucher ein Ende bereitet? — Die Behörde hat — so meint wenigstens unser Pfälzer Parteiblatt — vor dem Weinwucher die Waffen gestreckt und läßt ihn ruhig gewähren.

Berichtszeitung.

Unternehmungslustig. Der 18jährige Handlungsgehilfe Friedrich Wilhelm Stalf aus Mannheim hatte bei einer dortigen Firma einen Vertrauensposten. Er mißbrauchte diese Stellung und fuhr mit Wagen und Pferden Waren ab, die längst nicht mehr im freien Handel waren, so Fett säure, Talg und Schellack. Die gestohlenen Gegenstände verkaufte er an den 39jährigen Kellner Hans Wagner, der keine unehrliche Vergangenheit hatte. Wagner behauptet, dem Stalf für die ihm zugetragenen Waren 60 000 M. bezahlt zu haben. Stalf gibt den Betrag, den er von seinem Helfer erhielt, auf 36 000 M. an. Das Geld will Stalf verjubelt haben. Wagner verkaufte die von ihm gestohlenen Waren an Privatpersonen, die aus der Fett säure Seife herstellen, der Schellack ging an große Parfümgeschäfte. Man nimmt an, daß Stalf innerhalb 8 Monaten Waren im Werte von 100 000 M. gestohlen hat. Das Gericht verurteilte den frechen Dieb zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, den Helfer zu der gleichen Strafe. Die Käufer erhielten wegen Ankaufs beschlagnahmter Waren Geldstrafen von 300 bis 500 M.

Aus aller Welt.

Ein Schlagwetterungslid. Vorgestern nachmittags um 4 Uhr hat auf Jeché Dorfseil 23 bei Dortmund in der dritten westlichen Abteilung eine Schlagwetterexplosion stattgefunden. Vier Mann sind tot und vier verletzt. Zwei werden noch vermisst. Ein Erdbeben. In Guatemala hat ein Erdbeben stattgefunden. Wie berichtet wird, sind 150 Personen getötet und viel Sachschaden angerichtet worden.

Die Grippe. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ hat der Dresdener Magistrat wegen übermäßiger zahlreicher Grippeerkrankungen und Todesfälle von jezt ab die Schließung sämtlicher Theater, des Zirkus, der Kinotheater und Konzertsäle verfügt.

Ein Jugungsammenstoß. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge stieß der Nachschneezug München-Kugsbürg-Verlin infolge diehnen Reibens in der Station Donaueschingen auf den rückwärtigen Teil eines Güterzuges, der nach Ingolstadt fuhr. Es entgleiste die Lokomotive des Schnellzuges. Vier Wagen des Güterzuges wurden zerstört. Fünf Reisende wurden erheblich verletzt.

Ein Kirchenbrand. Wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ aus Essen berichtet wird, ist der Dom in Kallar am Niederrhein, eine der schönsten und reichsten Kirchen, durch eine Feuerbrunst teilweise zerstört worden. Fünf alt wertvolle Glöden sind zerstört worden.

Soziale Rundschau.

Eigenhäuser für sparame Familien. Direktor Abigt-Wiesbaden weist darauf hin, daß er als erster in den Veröffentlichungen der „Gemeinkultur“ (Wiesbaden) zur Lösung der Wohnungsfrage den Weg zur Selbsthilfe empfohlen hat. Während man sonst durch die Miete im Laufe der Jahre ein Vermögen entrichten muß, und nichts davon für die Zukunft erhält, wird im Rentengutsverfahren durch Zinsen (Renten) statt Miete die eigene, eine große Familie nährenden Scholle

und ein „Wasserhaus“ für die Kinder erworben, wie sie in der von Abigt in 100 000 Exemplaren dem Geere gestifteten octogonischen Heimstättenchrift in Wort und Bild behandelt ist. Nehmen wir ein kleines einstöckiges Familienhaus mit vier zusammenhängenden Zimmern, Diele, auch Kochraum und Stall für zwei Schweine und Ziegen, darüber großer Boden. Die ist für 3600 M. bei Ausführung im Ziegelbau, Dachstuhlbetonbau (System Beck) noch vorteilhafter zu errichten (gegenüber Baranbauten für 3 Räume 10 000 M.). 100 Rentengut mit drei Viertel dieses Wertes belastet, also 3150 Mark zu 4 Proz., wovon 1/2 Proz. für Tilgung des Darlehens in 60 Jahren, würden noch 1050 M. vom Rentengutsnehmer bezw. durch Hypothek aufzubringen sein, was gewiß leicht möglich ist. Der Rentengutsnehmer hat an Zinsen für das Anwesen aufzubringen 178,50 M. Davon gehen ab für Tilgung jährlich 31,50 M., sonach verbleiben 147 M., davon abgezogen der Jahresertrag des Gartens, der mit mindestens 120 M. anzunehmen ist, so verbleiben 27,25 M. und hinzu für Steuer und Instandhaltung ein Betrag von etwa 45 M., so daß man für das Rentengut jährlich insgesamt nur noch 72,25 M. im Eigentum auf eigener Scholle auszugeben hat gegenüber höheren Kosten der Mietwohnung. Vom Rentendarlehen sind durch 1/2 Proz. Amortisation getilgt nach 30 Jahren 813,33 Mark und nach 66 1/2 Jahren das ganze Darlehen, natürlich kann man das Darlehen in der Zwischenzeit auch durch größere Abschaltungen tilgen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 25. Oktober.

Achtung, Metallarbeiter! Die erste Monatsversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes findet morgen Samstag, abends 8 Uhr, im „Goldenen Adler“, Karl-Friedrichstraße 12, statt. Kollege Sauer wird einen Vortrag halten über den „Gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Krieg“. In den „Lokalteilungen“ des Verbandes heißt es: Die Bekanntmachungen der Karlsruhe'eren Versammlungen können unter den heutigen Verhältnissen nur in unserem örtlichen Publikationsorgan, dem „Volk'sfreund“, erfolgen. Es ist daher notwendig, daß unsere Mitglieder im allgemeinen, besonders aber unsere Karlsruhe'eren Mitglieder, den „Volk'sfreund“ abonnieren und lesen. Nur dann können unsere Bekanntmachungen auch in die weitesten Kreise unserer Mitglieder dringen.

Weihnachtsfächeln zum Füllen. Die Hauptversammlung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz hier, Karl-Friedrichstraße 17, gibt wie in den vergangenen Jahren wiederum Weihnachtsfächeln zum Füllen aus. Der Inhalt des einzelnen Pakets soll einen Wert von etwa 6—8 M. darstellen. Wir hoffen, daß viele Gelegenheiten unseren Soldaten einen Weihnachtsgruß hinausjagen, von der Verbilligung in recht hohem Maße ausgenutzt wird. Jeder Spender möge seinem Paket einen Gruß beilegen. Auch Geldspenden zur Beschaffung geeigneter Gaben sind dem Roten Kreuz natürlich sehr erwünscht.

In der Aufführung von Hermann Burles „Simson“ am Dienstag, den 20. Oktober spielt Felix Baumhach die Titelrolle. Die für das Werk eigens geschaffene Bühnenmusik ist von Arthur Kusterer, Ingenieur; Dr. Wolf Knoedde. Der Dichter wird der Aufführung seines Werkes beiwohnen.

Zum heutigen Bad-Konzertabend des Hr. Hoforchesters sei nochmals darauf hingewiesen, daß er pünktlich 8 1/2 Uhr in der Christuskirche beginnt. — m Sitzungen zu vermeiden, bleiben während der Aufführung die Kirchthüren geschlossen. Zu spät kommenden kann also immer erst am Ende einer Nummer Einlaß gewährt werden.

Wiederabend Ann's Ganshorn. Die Konzertsängerin Fräulein Anna Ganshorn, früher hochgeschätztes Mitglied des Kgl. Hoftheaters in Hannover, jetzt als Gesangslehrerin in Heilbronn anlässlich, wird am Mittwoch, 6. November, hier im Saal der „Vier Jahreszeiten“ einen Wiederabend veranstalten. Die Klavierbegleitung hat Herr Hofkapellmeister August Michard aus Heilbronn, ein geborener Karlsruhe'erer, übernommen. Eintrittskarten in der Musikalienhandlung Franz Tafel, Kaiserstraße 82a.

Todesfälle durch Flieger

mehren sich in den Grenzgebieten unseres Landes mit der stetigen Verstärkung der Kriegsmittel unserer Feinde. Sehr häufig kommen bei Fliegerangriffen mehrere Angehörige einer Familie zugleich ums Leben, wodurch die finanzielle Lage der Hinterbliebenen besonders verelendert wird. Für solche Fälle ist der Bestand von Lebensversicherungen von besonderem Werte. Der Tod durch Fliegerbomben wird bei der Volk'sfürsorge nicht nur als gewöhnlicher Todesfall, sondern als Unfall behandelt, wodurch die volle Versicherungssumme nach Zahlung der ersten Prämie fällig wird.

Der Abschluß von Versicherungen bei der Volk'sfürsorge wird daher für die Arbeiter in den durch feindliche Flieger bedrohten Gebieten im Interesse ihrer Familien zu einer Pflicht, der sie sich sofort unterziehen sollten.

Näheres zu erfragen bei der Rechnungsstelle: F. Woggrath, Karlsruhe, Wernhardstraße 8.

Die Aufnahme der Note in Berlin.

Berlin, 24. Okt. Im Reichstag hat man die Aufforderung, so bemerkt die „Neue Bad. Landesztg.“, daß die Antwortnote des Präsidenten Wilson durchaus geeignet erscheint, in absehbarer Zeit zur Waffenruhe zu führen. Von führender sozialdemokratischer Seite hören wir, daß diese Partei nunmehr mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür sorgen wolle, daß die von Wilson verlangten Bürgerpflichten ehestich durchgeführt werden. Ein führender sozialistischer Abgeordneter meinte, Herr Wilson habe endlich Margelegt, was er wolle. An unserer Regierung ist es nun dafür zu sorgen, daß aber auch nicht eine Stunde länger als es notwendig ist, dieses Mutterberges fortgesetzt wird. Sache der Regierung wird es sein, das Friedensangebot in die Tat umzusetzen. Hierbei scheint es besonders günstig, daß der Reichstagsler Bring Wax von Baden in engen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Kaiserhof Hohenzollern steht und somit der eventuellen, 12.

Wie sie in der gestrigen oder vorgestern behandelte ist... Die Berliner Presse. Berlin, 25. Okt. In der 'Nord. Allg. Ztg.' wird redaktionell geschrieben: Wilson überläßt es den politischen und militärischen Ratgebern der Westmächte, seiner Anregung Folge zu geben...

Waffenstillstands- und Friedensgebot der neuen deutschen Regierung an seine Verbündeten weiter zu geben. Nachdem wir das Programm Wilsons angenommen haben, wäre es widersinnig, sich mit Waffen in der Hand ihm zu widersehen. Die Gegner aber, die die Entwaffnung des deutschen Volkes verlangen, werden sich darüber klar sein müssen, daß man ein großes Volk auf die Dauer nicht wehrlos machen kann.

Wilson und den alliierten Staatsmännern schwierig machen würde, ihren verhängenen Neben Folge zu leisten. Zum Beispiel in einer Rede an die amerikanischen, französischen und britischen Truppen, anknüpfend an Wilsons Rede vom 4. Juli, sagte unser Ministerpräsident (Lobd George): 'Wenn der Kaiser und seine Berater die Bedingungen annehmen, die der Präsident niedergelegt hat, so können sie Frieden haben nicht nur mit Amerika, sondern auch mit Großbritannien und Frankreich.'

10. bad. Reichstagswahlkreis. Karlsruhe-Bruchsal.

Am Sonntag den 10. November, nachm. 2 Uhr, in der Restauration zum 'Auerhahn', Schützenstraße in Karlsruhe. Vorstand: J. M. Aug. Abele.

Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltung Karlsruhe.

Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kasienbericht. 2. Organisationsfragen. Referent: Kollege Sauer.

Der allgemeine Kaninchenzüchter-Verband.

Gau 4 (Mittelbaden) veranstaltet seine diesjährige Gau-Spätjahrschau am Samstag, den 26., und Sonntag, den 27. Oktober in Schremppe. Die Ortsverwaltung.

Lüchtige Aushilfs-Kellnerinnen und Spülfrauen.

für jeden Sonn- und Feiertag gesucht. Sonntags geöffnet von 10-12 Uhr. Stadt. Arbeitsamt. Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe. Jähringerstraße 100.

Auskunftei Bürgel. 300 Geschäftsstellen. Garantiedepot 300000 Mark. Einzel- u. Abonnements-Auskünfte für jedermann. Friedrichsplatz 2. Tel. 455.

Zur Beachtung! Durch den Verkauf des 'Volksfreund' während der Mittagszeit können noch geeignete Personen (Frauen, Männer, auch Kriegsbeschädigte) Nebenverdienst finden.

Daniels Konfektionshaus. Karlsruhe, Wilhelmstraße 34, 1. Treppe. Auf Allerheiligen! Schwarze Mäntel, Jackenkleider, Röcke, Blusen.

Aquarienfische. (Haplochromis, Platypoecilus, Barbus) verkauft. Städt. Gartenamt, Karlsruhe, Ettlingerstr. 8.

Obst-Berteilung. Freitag, den 25. Oktober 1918. in den Verkaufsgeschäften Nr. 56 bis 70 gegen die Obstmarke Nr. 4. 1 Pfund Rospmenge.

Besucht eine größere Anzahl Hilfsarbeiter für unsere Nahrungsmittelfabrik. Gesellschaft Sinner Grünwinkel.

Todes-Anzeige. Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser liebes unergelbliches Kind Paula Ganzenmüller im Alter von 11 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit sanft einschlafen ist.

Zum Reinigen unserer Geschäftslokaltäten und Bedienung der Dampfheizung ab morgens 7 1/2 Uhr für etwa 2-3 Stunden täglich wird Mann oder Frau gesucht. Spiegel & Wels.

Gmail-Geschirre werden dauerhaft repariert (nicht gelötet). Geschirr-Reparaturanstalt. Karlsruhe, Adenauerstr. 39, im Hof. Telefon 1421.

Druckarbeiten. Fassung. Sonntag, den 27. Okt. 1918. Verbands-Weißspiele. Spielplatz des K.F.V. Phoenix-Alemannia I gegen K.F.V.I.

Gesucht gut möbl. Zimmer mit Klavier und Heizung um 1 mal wöchentl. darin nachmittags Gesangs-Unterricht erteilen zu können.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas, Akkordeon. Levy, Marktgrabenstraße 22.

Kautabak. Herstellung aus selbstgebaumtem Tabak von Ersatzblättern. Anleiung 2 Mk. Tabak oder Ersatzblätter etc. durch Sohle den echt. Tabakgeruch u. Geschmack.

Rutscher. zuverlässiger, für leichtes Fuhrwerk gesucht. Dampf-Waschanstalt Schorpp Kaiserallee 32.

Bekanntmachung.

In meinem Hause

Rüppurrerstraße Nr. 8

habe ich ein **Stadtlager** für gesägtes Anfeuerholz und Buchenholz errichtet. Dasselbe ist von morgens 8 bis mittags 12 und von 2 bis 7 Uhr geöffnet. Es wird von einem Zentner aufwärts jedes Quantum abgegeben. Die Preise sind vom Brennholzamt festgesetzt.

Da bei Selbstabholung der Preis sich ermäßigt und nur nach Gewicht verkauft wird, ist dies für die minderbemittelte Bevölkerung die auf teures Bündelholz angewiesen ist, die beste Gelegenheit, sich billig einzudecken.

Der Kleinverkauf in meiner Sägerei Schlachthausstraße bleibt nach wie vor bestehen.

Carl Zinkelstein,

Holz- und Kohlenhandlung — Bündelholzfabrik

Rüppurrerstr. 8 — Telefon 5113.

Sägerei und Spallerei: Schlachthausstraße 5. Telefon 2829.

Öffentliche Versammlung

Sonntag, 27. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Festsaal des „Friedrichshofes“

Vortrag

des Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Haas

über

Deutsche Politik in Gegenwart und Zukunft.

Eintritt frei.

Freie Aussprache.

Fortschrittliche Volkspartei.

Nationalliberale Partei.

Sozialdemokratische Partei.

Zentrumspartei.

Abgängige Tiere

aller Art kauft

Städtisches Gartenamt
Karlsruhe. 5088

Ein zuverlässiger

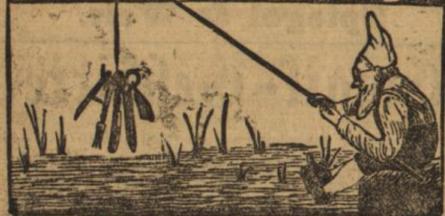
Kutscher

für sofort gesucht.

Carl Metz,
Feuerwehrrätefabrik,
Karlsruhe i. B., Gauen-
waldalle 44. 5323

Widerstr. 8. Einige hoch-
hängige Betten, 1- u. 2-türige
Schränke und Chiffonniers, Sofa,
Divan, rote Plüschgarnitur,
Trumeau, Tische, Stühle und
sonst. Möbel billig zu verk. 5298
Möbellager Duf, Widerstr. 8.

Einen guten Fang



macht jedermann der seinen Bedarf in
Messer u. Stahl-
waren jeder Art deckt, wo dieselben auch fachmännisch
geschliffen und repariert werden können. 5178
Karl Hummel, Werderstraße Nr. 14, Telefon 1547.

Gesucht 50 fleißige junge Mädchen

zum sofortigen Eintritt für unsere Nähr-
mittel-Fabrik. Arbeitsbuch u. Quittungs-
karte mitbringen.

Gesellschaft Sinner
Grüntwinkel. 4920

Listen IV. Klasse

sind, wie auch die neuen Lose V. Haupt- und Schlussziehung, ein-
getroffen und sind sofort zu erheben. In dieser fast 4 Wochen
dauernden Ziehung fallen auf ungefähr 2 Lose 1 Treffer im
günstigsten Fall sind es

800 000 M.

Kauflose Kosten dabei

1/2	1/4	1/2	1/2	Teil
25.-	50.-	100.-	200.-	M.

Ferner empfehle 1, 2 und 3 Mark-Lose mit baldiger
Ziehung und Gewinn bis 60 Tausend M. 5349

Ludw. Götz, Großh. bad. Lottereeinnehmer
Gebehrstr. 11, b. Rathaus, Karlsruhe.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt eine größere An-
zahl fleißiger 5955

Arbeiter und Arbeiterinnen

Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen.

Zu melden beim Portier der

Badischen Lebensmittelabrik
Louis L. Stern & Cie.
Karlsruhe.

Allg. Ortskrankenkasse Durlach.

Die Kassenschalter sind von Montag den 28. Oktober
d. J. ab (wegen Personalmangel und Arbeitsüberhäufung)
von 8 Uhr vormittags bis 12 1/2 Uhr mittags
geöffnet und bleiben nachmittags geschlossen. 5363

Grossherz. Hoftheater.

Freitag, den 25. Oktober 1918.

Freitagsmiete Nr. 9.

Götzendienst.

Drama in 3 Aufzügen von Friedrich Sobrecht.

Anfang: 7/8 Uhr.

Ende: 10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 25. Oktober 1918.

Ein Nachtlager in Granada.

Romantische Oper in 2 Akten, nach Friedrich Kinds gleich-
namigem Schauspiel bearbeitet von Braun.
Musik von Konradin Kreutzer.

Anfang: 7/8 Uhr.

Ende: 10 Uhr.

Klar zum Gefecht!

Ein Marinespiel vom Verfasser des „Hias“ zu Gunsten
des Marinebesdienstes.

Bekanntmachung.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie
betreffend.

Die Ziehung der 5. Klasse der 12. Preussisch-Süd-
deutschen (288. Königl. Preussischen) Klassenlotterie wird
nach planmäßiger Bestimmung vom 8. November bis
4. Dezember 1918 stattfinden.

Die planmäßige Erneuerung der Lose 5. Klasse hat
bis spätestens Samstag, den 2. November 1918,
abends 6 Uhr, bei den zuständigen Großh. Badischen
Lottereeinnehmern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.

Karlsruhe, den 22. Oktober 1918. 5352

Großh. Landeshauptkasse

als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

Volksschule Karlsruhe.

Wiederbeginn des Unterrichts
Montag, den 28. Oktober

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

Arbeiter und Arbeiterinnen

jeden Alters

und erbitten Meldungen bei unserem Portier

Gesellschaft Sinner, Grüntwinkel,

Abteilg. Marmelade. 5346

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburtszeugnisse. Emil Graf von Dandorf, Mediz. hier, mit
Amalia Traub von Karlsruhe-Beierheim. Thomas Mühlig von
Unterginsbach, Kutscher in Mannheim, mit Luise Hofmann von
Marlach. August Neuhäusel von Durlach, Postassistent hier, mit
Bertha Kraub von Karlsruhe-Beierheim. Johann Gollig von
Mosbach, Geizer hier, mit Anna Gollig von Mosbach. Wilhelm
Nigel von hier, Finanzsekretär hier, mit Magdalena Schmitt von
Lobenbach. Karl Knobloch von Teutschneureut, Schneider in Nie-
lingen, mit Genesefa Eckenwalder von Oppenau. Christian No-
bert Wilhelm Amelung von Ballau, Maurer hier, mit Karoline
Gartner von Stupferich. Friedrich Kammerer von Stein, Kauf-
mann hier, mit Anna Ketterer von Biberach. Heinrich Stoerk von
Konstanz, techn. Assistent in Offenburg, mit Frieda Heimerding
von Triebes.

Geburten. Elise Luise, v. Heinrich Kammerer, Bademeister.
Wolfgang Leopold, v. Hermann Bruno Grab, Verfahrungsbe-
amter.

Todesfälle. Frieda Klein, alt 41 J., Ehefrau von Emil Klein,
Buchhalter. Peter Steck, Kesselschmied, Ehemann, alt 65 J., Bal-
ther Hofbader, Lehramtspraktikant, ledig, alt 28 J. Gust. Baum,
Bahnarbeiter, Ehemann, alt 42 J. Franz Simon, Bremser, Ehe-
mann, alt 47 J. Klara Hütkich, alt 25 J., Filialleiterin, ledig,
Karolina Morlok, alt 81 J., Witwe von Ludwig Morlok, Kauf-
mann. Elfriede, alt 13 Tage, v. Jul. Gunkel, Metzger. Emma
Bernst, 20 J., Fabrikarbeiterin, ledig. August Weisenböcker, Pri-
vat, Ehemann, alt 51 J. Eugenie Freitag, alt 27 J., Ehefrau von
Karl Freitag, Lokomotivheizer. Maria Eva Babst, alt 44 J.,
Ehefrau von Gg. Babst, Radier. Friederike Reich, alt 60 J., Ehe-
frau von Karl Reich, Fabrikarbeiter. Wilhelmine Regina Traub,
alt 62 J., Witwe von Karl Traub, Schreiner. Heinrich Glözel,
Schlosser, Ehemann, alt 40 J. Eisa Müller, alt 20 J., Fabrikarbei-
terin, ledig. Emma Wohlwend, alt 21 J., ohne Beruf, ledig.